



Diesen
Teil
des Mundes
erreicht jedes
Zahnpflegemittel



Mit
VADEMECUM-
Mundwasser
erreichen Sie
ausätzlich
diese Zone

Das macht den Unterschied

Mundgeruch wird von Bakterien
verursacht
Bakterien werden durch Antisepticum
beseitigt
VADEMECUM-Mundwasser ist anti-
septisch und gibt dauerfrischen
Atem.

**Freunde
empfehlen
sich**

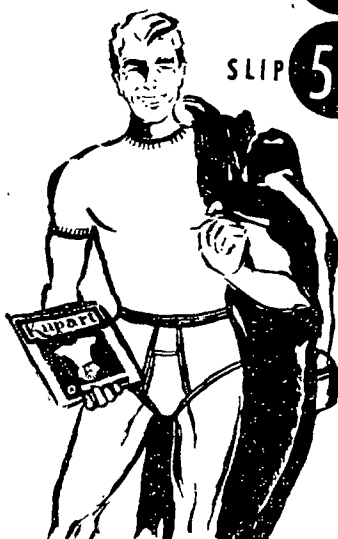
VADEMECUM

Das frische Mundwasser aus Schweden

Eine Markenwäsche die nicht teuer ist!

SPORTJACKE 4¹⁵,-

SLIP 5²⁵,-



Kapart

Der Wäsche-Komfort
des verwöhnten Herrn
MABI-WIRKWAREN, Bisingen / Hohenz.

DEUTSCHLAND

BUNDESLÄNDER

ELBE-VORHAFEN

Das Loch

Selbstzufrieden unterbreitete Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Paul Nevermann jüngst der Öffentlichkeit „eine gut hamburgische Entscheidung“, die ihn in die Lage versetzte, sechs Monate vor den Landeswahlen sein weit-sichtiges Mühen um das Wohl der Freien und Hansestadt augenfällig zu dokumen-tieren: Der Senat hatte einen Staatsver-trag mit Niedersachsen paraphiert, nach dem die Hansestadt Hoheitsrechte und Grundeigentum in Cuxhaven aufgibt und dafür in der Elbmündung 9000 Hektar Wattenmeer mitsamt den Nord-see-Inseln Neuwerk und Scharhörn ein-handelt.

Zweck des Tauschhandels sei, so erläu-terte Nevermann am Dienstag vorletz-ter Woche, eine „Raumsicherung für die Zukunft“. Den vertraglich gesicherten Raum — um 1000 Hektar größer als der gesamte Hamburger Hafen — will der Senat für den Tag bereithalten, an dem die 100 Kilometer von der Küste ent-fernte Hansestadt einen Vorhafen braucht, den selbst Schiffe von 100 000 und mehr Tonnen ohne Sorge vor Grundberührung anlaufen können.

So bereitwillig das Kabinett des SPD-Landeschefs Kopf den ehrgeizigen Plä-nen der Hamburger SPD-FDP-Regierung entgegengekommen ist, so souverän haben sich die Partner freilich über rechtliche Bedenken hinweggesetzt, die den von der bundesdeutschen Presse gebührend gepriesenen Vertrag hinfällig machen könnten. In der Eile, mit der die Errich-tung einer hamburgischen Exklave auf den Nordsee-Sandbänken betrieben wurde, war keine Zeit zur Klärung offe-ner Rechtsfragen geblieben.

Im April 1960 waren die beiden Län-der übereingekommen, daß die Hanse-stadt das Recht erhält, an der Unterelbe zwischen der Ostemündung und dem Städtchen Freiburg einen Vorhafen anzulegen.

Bevor es jedoch zu einer vertraglichen Regelung kam, fanden die Wasserbau-



Hamburgs Bürgermeister Nevermann
Brückenkopf im Wattenmeer

Experten heraus: Der Bau eines Vor-hafens an der Unterelbe würde so große technische Mittel und so erhebliche In-vestitionen beanspruchen, daß mit dem gleichen Aufwand auch das utopisch anmutende Vorhaben im Wattenmeer direkt an der 20-Meter-Tiefwasserrinne verwirklicht werden könne.

Kaum hatten — unter strengster Ge-heimhaltung — die ersten Vorgespräche stattgefunden, da plauderte Never-manns Amtsvorgänger, Max Brauer, am 1. November 1960 auf einer SPD-Versammlung die Top-secret-Pläne aus.

Dennoch kam schon am 1. Februar dieses Jahres im Hamburger Rathaus eine Einigung auf Regierungsbasis zu-stande. Brauers Geheimnisverrat, der seine, Brauers, Verdienste kurz vor



dem Bürgermeisterwechsel (SPIEGEL 51/1960) herausstreichen sollte, ihm statt Lob aber nur Tadel und Ärger einbrachte, münzte sich in einen Erfolg für den Nachfolger Nevermann um.

Daß die hanseatischen Hafenbauer in Niedersachsen stets so bereitwillig Gehör fanden, hat seinen Grund: Bevor Cuxhaven mit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 an Preußen übergeben werden mußte, war die kleine Hafenstadt an der Unterelbe hamburgischer Vorhafen, der freilich nur von der Passagierschiffahrt benutzt wurde. Auch nach der Übergabe behielt die Hansestadt gewisse Eigentums- und Hoheitsrechte in Cuxhaven, die heute noch gültig sind und den seit langem geplanten Ausbau des Cuxhavener Fischereihafens blockieren.

Per Tauschhandel sollen nunmehr die Cuxhavener ungehindert ausbauen können und die Hamburger von den Ängsten befreit werden, daß die am Rand des EWG-Raums liegende Hafenstadt beträchtliche Verluste buchen muß, wenn die Reedereien dazu übergehen sollten, mehr Superschiffe im Massengutverkehr einzusetzen.

Tatsächlich ist die Elf-Meter-Fahrrinne der Elbe gegenwärtig nur für Schiffe bis 45 000 Tonnen passierbar. Nach der vorgesehenen Vertiefung auf zwölf Meter können gerade noch 60 000-Tonnen-Schiffe den Hamburger Hafen anlaufen. Beispielsweise mußten Ende letzten Jahres mehrere 85 000-Tonnen-Tanker im Elbemündungsgebiet auf der Reede vor Neuwerk geleichtert werden, weil sie keinen deutschen Hafen erreichen konnten.

Ein rund um das „Loch im Wattenmeer“ („Welt“) — den Hundebalje-Priel — gebauter Vorhafen würde Hamburg einen entscheidenden Vorteil vor allen europäischen Häfen sichern: An den Kais, die unmittelbar vor dem über 20 Meter tiefen Nordsee-Schiffahrtsweg liegen würden, könnten selbst Mammut-Tanker von 130 000 Tonnen, wie sie jetzt in Japan gebaut werden sollen, ohne Schwierigkeiten festmachen.

Obwohl noch keine konkreten Planungen vorliegen, gibt es für die Fachleute keinen Zweifel, daß dieses Zukunfts-Projekt vornehmlich dem Massengutverkehr, wie zum Beispiel dem Öl- oder Erztransport, dienen wird. Visionär sehen sie bereits riesige Umschlaganlagen und Massengut verarbeitende Industrien auf dem mit Wattenmeer-Sand aufgeschütteten Hafengelände entstehen und neben Tankern auch kombinierte Massengut-Frachter, Schiffe mit Kernenergieantrieb und kleinere, aber tiefgehende Erzdampfer an den Kais liegen.

Die Verbindung zum Festland — der genaue Anschlußpunkt steht noch nicht fest — soll ein Damm herstellen, der neben Straßen, Gleisanlagen und Versorgungsleitungen möglicherweise auch einen Binnenschiffahrtskanal für den Weitertransport über Elbe und Weser aufnimmt. Für den Ausbau der ersten 2000 Hektar am Loch im Watt rechnen die Experten mit einem Kostenaufwand von 250 Millionen Mark.

Begeistert feierte denn auch Bundesverkehrsminister Seeborn den Vorhafen schon als „den Tiefwasserhafen Deutschlands“ und sah prophetisch den Tag dämmern, an dem sogar 10 000-Tonnen-Handelsunterseeboote im Watten-

M

EXTRA

DER
GROSSE
DEUTSCHE
SEKT

Folgt dem Zeichen der Natur. Trinkt Mathews Müller nur!

meerloch festmachen. Auch wußte Seeböhm schon im März auf einer Pressekonferenz in seinem Wahlkreis Harburg-Land mehr als die hanseatischen Initiatoren des Vorhafen-Plans — wann nämlich mit dem Bau begonnen wird: „in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts“.

Indes, in seinem eigenen Ministerium hat der Bundesverkehrsminister Beamte sitzen, die dem Land Niedersachsen das Recht absprechen, das bei Flut von Nordseewellen überspülte Wattengebiet zu veräußern. Von Seeböhms Begeisterung unbeeindruckt, erklären sie, die Sandbänke in der Elbemündung seien Bundesgebiet. Denn, so argumentieren die wachsamsten Bürokraten, die Sände gehören zur Bundeswasserstraße Elbe, deren Grenzen nicht bei Ebbe, sondern bei Hochwasser zu erkennen sind.

Hat somit die niedersächsische Regierung möglicherweise einen Staatsvertrag über ein Gebiet beschlossen, das dem Land nicht gehört, so müssen die Vertragspartner noch eine weitere Klippe umschiffen, ehe sie in der Hundebalje vor Anker gehen können: Da die 9000 Hektar um das Wattenloch hamburgisches Staatsgebiet werden sollen, kommt der Tauschvertrag einer Änderung von Ländergrenzen gleich.

Artikel 29, Absatz 7 des Grundgesetzes aber lautet: „Das Verfahren über jede ... Änderung des Gebietsbestandes der Länder regelt ein Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrats und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bedarf.“

VERTRIEBENE

SUDETEN-KASSE

Würfel-Spiel

Noch in diesem Jahr soll das Münchner Weichbild durch ein repräsentatives Gebäude bereichert werden, das sudetendeutschen Bundesbürgern als Versammlungs- und Kultstätte dienen wird.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft weiß über dieses Projekt nichts Näheres. Plan und Finanzierung gehen nämlich auf ein Unternehmen zurück, das sich seit nun schon sechs Jahren in Liquidation befindet: eine „Zentralkasse Sudetendeutscher Genossenschaften eGmbH“, früher Aussig an der Elbe, seit 1948 München.

Die „Zentralkasse“-Liquidatoren, allen voran ihr Geschäftsführer Alfred Würfel, der fern vom Münchner Firmensitz in Bad Godesberg residiert, wollen „dem Sudetendeutschtum ein Denkmal“ setzen und zu diesem Zweck wenigstens einen Teil jener rund elf Millionen Mark verwenden, die sie seit Jahren ohne ersichtlichen Sinn und wider gesetzliche Vorschriften verwalten.

Bis Kriegsende war die „Zentralkasse“ in Aussig Dachorganisation der Volksbanken. Die tschechischen Behörden setzten 1945 die deutschen Vorstände und Aufsichtsräte der Zentralkasse und der Genossenschaftsbanken ab und tschechische Treuhänder ein. Zentralkassen-Geschäftsführer Alfred Würfel wurde 1946 nach Deutschland ausgesiedelt.

In München faßte Würfel Fuß, und dort ließ er 1948 auch die Aussiger

Zentralkasse ins Genossenschaftsregister eintragen. Dieser juristische Schritt führte alsbald zu erfreulichen Resultaten: Würfel konnte westdeutsche Banken zur Auszahlung von Guthaben veranlassen, die von der Zentralkasse vor 1945 in Westdeutschland unterhalten worden waren.

Bald belief sich der Kontostand der Zentralkasse auf elf Millionen Mark — ein Kapital, aus dem die Kasse nun wieder Forderungen ihrer Kunden, der einstigen sudetendeutschen Volksbanken, befriedigen konnte.

Von den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der ehemaligen 155 Volksbanken hatten sich nach der Vertreibung aber nur einige Dutzend wieder zusammengefunden, um das juristische Weiterleben ihrer Institute — jetzt ohne Funktion und Kundenschaft — festzustellen. Sie bildeten fortan die „Generalversammlung“ der Zentralkasse und beschlossen im Juli 1954, das Unternehmen zu liquidieren. Der Beschluß wurde im Münchner Genossenschaftsregister eingetragen. Die drei Vorstandsmitglieder der Zentralkasse, darunter Würfel, nennen sich seitdem Liquidatoren.

Von Anfang an wußte Würfel, daß sich die Forderungen der Zentralkassen-Mitglieder nicht feststellen ließen, weil die Tschechen alle Unterlagen einbehalten und die Herausgabe verweigert hatten. Bekannt waren lediglich Guthaben aus laufender Rechnung der genossenschaftlichen Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben A bis K — insgesamt 3,3 Millionen Mark — sowie ein Festkonto-Guthaben von 1,5 Millionen Mark.

Dem Elf-Millionen-Fonds der Zentralkasse standen also nur 4,8 Millionen Mark an Forderungen gegenüber, die zudem nicht geltend gemacht wurden: Ein Teil der Volksbanken hatte in der Bundesrepublik keine neue juristische Vertretung konstituiert. Die Repräsentanten des anderen Teils, die sich wieder zusammengefunden hatten und in der Generalversammlung der Zentralkasse saßen, wußten für das Geld eine andere Verwendung, zumal die Giro- und Sparkonten-Inhaber der Volksbanken entweder noch in der Tschechoslowakei leben oder durch Vertriebenengesetze und Lastenausgleich längst für ihre Verluste abgefunden worden sind.

Liquidatoren und Zentralkassen-Aufsichtsräte beschlossen,

- ▷ in München ein Grundstück zu erwerben und darauf ein Verwaltungsgebäude als „Denkmal“ für die Sudetendeutschen zu bauen und ferner
- ▷ dem kleinen Kreis ehemaliger Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte

der Zentralkasse und der Genossenschaftsbanken eine „zusätzliche Altersversorgung“ zu verschaffen.

Mit nachträglicher Genehmigung der Generalversammlung (Würfel: „Bei uns herrscht immer einmalige Einigkeit“) wurde für 900 000 Mark in München ein Grundstück mit zwei abbruchfähigen Häusern erworben, deren Bewohner unter Einsatz von weiteren 250 000 Zentralkassen-Mark exmittiert wurden — bis auf einen Mieter, der den Abbruch des zweiten Hauses noch aufhält.

Für die einst vorwiegend ehrenamtlich, mit und ohne Abfindungs- oder Pensionsansprüche tätigen sudetendeutschen Volksbank-Diener ersann Würfel einen



Kassen-Chef Würfel, Gattin: Liquidier Liquidator

nach ihm benannten Plan: Ehemalige Vorstandsmitglieder sollen jeden Monat rund 200 Mark, ehemalige Aufsichtsräte Abfindungen von mehrmals 1000 Mark erhalten.

Den Aufwand für das erste Jahr des „Würfel-Plans“ beziffert der Erfinder mit 336 000 Mark, für die folgenden Jahre mit je 280 000 bis 360 000 Mark. Würfel außerdem: „Ein weiterer Plan einer geeigneten Wohnungsbauförderung wird bei nächster Gelegenheit ausführlicher dargelegt werden.“

Auch mit sonstigem Aufwand ist Würfel nicht kleinlich: Die Ausgaben für die Geschäftsführung des Liquidators in seinem Eigenheim in Bad Godesberg, für Tagungen in teuren Hotels und für Rechtsberatung belaufen sich auf jährlich 100 000 Mark.

Die Verbuchung der Beträge handelt Würfel so sorglos wie die Aufstellung der Bilanzen. Entgegen gesetzlicher Vorschrift ist die Zentralkasse keinem Prüfungsverband angeschlossen. Erst seit drei Jahren werden die Abschlüsse von einem Buchprüfer visitiert, der jedoch nicht den Bestimmun-